

Ressort: Politik

Berateraffäre: Opposition einigt sich auf Untersuchungsausschuss

Berlin, 12.01.2019, 05:00 Uhr

GDN - FDP, Linkspartei und Grüne haben sich nach Informationen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" (Samstag) nun auch formell auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Berateraffäre des Bundesverteidigungsministeriums geeinigt. Ausdrücklich in den Fokus genommen wird dabei auch die Verantwortung von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU), berichtet das RND unter Berufung auf Parlamentskreise.

So solle nicht nur geklärt werden, wer die Verantwortung für Rechts- und Regelverstöße beim Einsatz externer Berater für das Ministerium trage. Es werde auch danach gefragt, wann die Leitung des Ministeriums von den Verstößen Kenntnis bekommen habe. Außerdem soll untersucht werden, ob Aufträge aufgrund persönlicher Beziehungen vergeben wurden und wer von Auftragsvergaben profitiert habe. Formuliert wurde ein Katalog mit 16 Leitfragen. Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses soll in der Sitzung des Verteidigungsausschusses am kommenden Mittwoch beschlossen werden. Er soll seine Arbeit bis zum 31. August abschließen. Die Affäre war im Sommer durch den Bundesrechnungshof ausgelöst worden. Das Verteidigungsministerium hat mittlerweile Fehler bei der Auftragsvergabe eingeräumt, die zum Teil ohne Ausschreibung erfolgten oder aus falschen Haushaltstöpfen bezahlt wurden. Ein finanzieller Schaden sei dadurch allerdings nicht entstanden. Insgesamt zahlte das Ministerium in den Jahren 2016 und 2017 rund 200 Millionen Euro für externe Berater, unter anderem für IT-Experten.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-118274/berateraffaere-opposition-einigt-sich-auf-untersuchungsausschuss.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619